

3. Die Stamokaps

Eine dritte Gruppierung bei den Jungsozialisten aus den Bezirken Hamburg und Berlin ('Stamokaps') legte eine umfangreiche und in sich relativ geschlossene Analyse und Strategie vor, die in einer völlig anderen Denktradition standen. Die in den beiden Universitätsstädten stark von Studenten geprägten Landesverbände hatten die 'linke Marktlücke' mit der unkritischen Übernahme des Ansatzes und des Erkenntnisstandes der hauptsächlich von der SED entwickelten und von der DKP vertretenen Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' gefüllt (14). Als Konzession an die SPD taufte die 'Stamokaps' ihre Analyse zeitweilig in den 'staatsinterventionistischen Monopolkapitalismus' um; sie redigierten ihre Texte aber so schlecht, daß der Begriff 'staatsmonopolistischer Kapitalismus' immer wieder auftauchte (15). Die Breite dieses analytischen Werkes der DDR-Autoren hat für die 'Neue Linke' in der Bundesrepublik eine große Herausforderung dargestellt - zu einzelnen Aspekten des theoretischen Ansatzes (Wirtschaftsstruktur, Klassenanalyse, Rolle des Staates, Strategie der Systemveränderung, Rolle der Basis, Bündnispolitik) gibt es inzwischen mehrere Doktorarbeiten und Bücher (16). Im folgenden kann es nur darum gehen, einige Kernpunkte der Analyse und Strategie der Hamburger und Berliner Jungsozialisten von 1971 nachzuzeichnen und die auch strategisch relevanten Kritikpunkte der anderen Juso-Gruppierungen anzugeben.

Kernpunkt der Wirtschaftsanalyse ist die zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft mit dem Ergebnis, daß die Monopole z. T. indirekt das ganze Volk und auch die Kleinkapitalisten ausbeuten: "Die Monopolisierung der Wirtschaft und ganz besonders die Monopolpreise sind eine wesentliche Ursache der nun schon seit Jahrzehnten anhaltenden Inflation, deren Opfer alle nichtmonopolistischen Schichten und Klassen der Gesellschaft sind. Darüber hinaus verfügen die Monopole noch über zahlreiche andere Mittel ihre Profitrate über der Durchschnittsprofitrate zu halten, die alle auf eine mehr oder minder gewaltsame Umverteilung der von der arbeitenden Bevölkerung geschaffenen Werte zugunsten des Monopolkapitals hinauslaufen und somit als Tribut aufgefaßt werden müssen, den die Monopole der gesamten Gesellschaft auferlegen." (17)

Weiter geht das 'Hamburger Strategiepapier' von 1971 davon aus, daß "eine weitgehende Verflechtung der ökonomischen Macht der Monopole mit der im wesentlichen von ihnen bestimmten Macht der Staatsorgane"(S.6) einsetzt, der zum "systematischen Einsatz aller nationalen Ressourcen im Interesse der Monopole" führt(S.6). Zugleich kommt es zur "Verflechtung des Bankkapitals mit dem Industriekapital zu einem einheitlichen Machtblock, dem Finanzkapital" (S.16). Die scharfe internationale Konkurrenz führt dazu, "daß sich der direkte Zugriff auf den Staatshaushalt und eine Umverteilung der Steuerlast zugunsten der

Monopole als ein immer notwendigeres Mittel zur Sicherung der Monopolprofite erwies" (S.6). "Alle diese Maßnahmen erleichtern es den großen nationalen und multinationalen Konzernen, den Staat in immer größerem Umfang zur Sicherung ihrer Gewinne einzusetzen" (S.24). Damit verbunden ist der "Kompetenzverlust der parlamentarischen Gremien"(S.23). Es ist die Rede von der "Macht der Monopole und den vom ihm beherrschten Staatsapparat"(S.12). Diese Beherrschung findet ihren Ausdruck in der Zahl der Monopolvertreter in staatlichen Gremien, ist „vielfach an personellen Verflechtungen ablesbar“ (S.20).

Die Hamburger Jusos behaupteten darüber hinaus: „In seiner Aufgabenstellung, das kapitalistische System in seinem langfristigen Bestand abzusichern, muß der Staat allerdings notwendig eine relative Unabhängigkeit von den Tagesinteressen einzelner Monopole und Monopolgruppen haben“ (S.19). Zugleich entdeckten sie: "Die konkrete Politik eines hochentwickelten kapitalistischen Staates“ ist „innerhalb eines gewissen Bereichs abhängig von den jeweiligen politischen Machtkonstellationen“(S.6/7). Inwieweit der 'Zugriff der Monopole' oder „die Abwälzung von Kosten zur Unterstützung der Monopolprofite auf die Arbeiterklasse gelingt, ist allerdings stets auch eine Frage des jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses“(S.19). Mit anderen Worten: die relative Unabhängigkeit des Staates von den Monopolgruppen kann genau so gut gegen die Monopole gewendet werden - indem man selber zugreift. Dieses Vorhaben wird 'erleichtert' durch die starke Monopolisierung, denn der Anteil der Angehörigen der Monopolbourgeoisie „an den Erwerbstätigen, sofern sie überhaupt 'tätig' sind, ist verschwindend gering“(S.11). Damit bestehen „die objektiven Voraussetzungen eines politischen Bündnisses aller antimonopolistischen Kräfte“(S.13). Da die Monopole antidemokratische Interessen haben, kommt es darauf an, für „die Verteidigung und Ausweitung“ der „demokratischen Rechte und für die schrittweise Zurückdrängung und schließlich die Beseitigung der Monopole“(S.26) einzutreten. Es sind die Forderungen „Mitbestimmung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und gesamtgesellschaftliche demokratische Planung“(S.28) aufzustellen. "Im Kampf um diese Ziele ist die Möglichkeit angelegt, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zu verändern, die Macht der Monopole zu überwinden und den Übergang zum Sozialismus einzuleiten"(S.28). Der "Übergang zum Sozialismus" soll „auf der Grundlage der erreichten Mitbestimmung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und demokratischen Planung"(S.30) vorgenommen werden; d.h. daß eine 'demokratische Zwischen-Stufe' zwischen Kapitalismus und Sozialismus eingeplant ist. Für diese 'demokratische Zwischenphase' gilt nach Meinung der 'Stamokaps': „Die Sozialisierung der Schlüsselindustrien bedeutet die Enteignung der entscheidenden Monopole, verbunden mit der Einführung der Mitbestimmung in diesen Unternehmen und ihre Unterordnung unter den demokratisch arbeitenden gesamtwirtschaftlichen

und -gesellschaftlichen Entwicklungsplan.... Zu den Schlüsselindustrien gehören dabei nicht nur die traditionellen Schwerindustrien und die großen Banken, sondern auch Bereiche wie die Chemie-, Automobil- und Elektroindustrie und das Informationswesen und die Zukunftsindustrien wie Luft- und Raumfahrt, Kernenergie und Datenverarbeitung...“ (S.29). Erst dann "ergibt sich die Notwendigkeit, auf der Grundlage der erreichten Mitbestimmung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und demokratischen Planung den Kampf für die vollständige Beherrschung aller ökonomischen, sozialen und politischen Entscheidungen durch die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und ihre Organisationen aufzunehmen, d.h. den Übergang zum Sozialismus einzuleiten"(S.30). "Die konstituierenden Merkmale der sozialistischen Demokratie werden das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Ausübung der Staatsmacht durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen sein"(S.31).

Es ist schwer, ein solches zusammenhängendes Konzept aus dem Hamburger Strategiepapier zu entnehmen. Das findet seinen Ausdruck in dem 'Springen' von einer vorderen zu einer der letzten Seiten und umgekehrt. Die oben erläuterte Darstellung der Analyse und Strategie der 'Stamokaps' wäre kaum möglich gewesen, wenn sie nicht schon wesentlich früher und klarer von der SED/DKP entwickelt worden wären.

Im Rahmen des strategischen Ansatzes der 'Stamokaps' kommt der SPD eine zentrale Bedeutung zu: Über die Umgestaltung der SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei soll diese für das politische Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten geöffnet und in der Bevölkerung von einem 'antimonopolistischen Bündnis' aller demokratischen Kräfte ergänzt werden, damit die Staatsmacht übernommen und gegen die Monopole gewendet werden kann. Die erste politische Kritik des Ansatzes der Hamburger und Berliner Jungsozialisten lag in der anderen Denktradition der auf Basismobilisierung orientierten Juso-Gruppen; sie bemängelten das passive Setzen auf eine antimonopolistische Bündnisbewegung von Gewerkschaften und Kleinunternehmern (überflüssige Konzessionen der Arbeiterbewegung, Hauptproblem ist die Einigung der über 80% Lohnabhängigen) und die Konzentration der Arbeit auf die Übernahme von Apparat-Positionen im Staat und in der SPD, ohne wirklich gesellschaftliche Strukturen (Demokratisierung, Selbstbestimmung) zu verändern.

Kritik zielte darüber hinaus auf

- die Reduktion aller ökonomischer Bewegung auf die 'Machenschaften der Monopole' mit der verbreiteten Vorstellung, wenige Spitzenmanager (600) würden alles lenken. Demgegenüber wurde betont, daß trotz der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals nach wie vor (zumindest auf dem Weltmarkt) eine harte (z. T. nicht mehr auf den Preis,

sondern auf Marktanteile bezogene) Konkurrenz vorhanden ist und die von Marx analysierten allgemeinen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie (die sich 'hinter dem Rücken' von Einzelkapitalisten und auch hinter dem von großen Kapitalen durchsetzen) keineswegs ihre Gültigkeit verloren haben

- die Vorstellung des Staates als über Personen mit den Monopolen verschmolzene Agentur, die bis hin zur Hochschulpolitik lediglich der Vollstrecker monopolistischen Willens ist; die ständige Ausweitung staatlicher Aktivitäten soll für die Monopole und den Kapitalismus lebensnotwendig geworden sein. Dazu wurde bemerkt, daß der Staat zwar die allgemeine Aufgabe der Aufrechterhaltung kapitalistischer Strukturen hat, sich dabei aber unter Einbeziehung von Interessen der Arbeiterbewegung eher von Funktionsnotwendigkeiten des Systems (und damit allgemeinen und meist verrechtlichten kapitalistischen Interessen) als von personifizierbaren Monopolisten leiten läßt
- den Glauben, nach dem Fortjagen der 600 drähteziehenden Monopolisten und der Okkupation der Staatsmacht schon ein wesentliches Ziel erreicht zu haben. Dagegen wurde gehalten, daß der entwickelte kapitalistische Staat nicht bruchlos zur Verwaltung des Sozialismus geeignet ist, sondern zur Vermeidung eines Sozialismus nach osteuropäischem Vorbild gründlich umstrukturiert, entbürokratisiert und demokratisiert werden muß. Da dieser Prozeß nur eingebettet in Basisaktivitäten für mehr Selbstbestimmung vorstellbar ist, muß sich die Arbeit von Sozialisten mehr auf die Entwicklung und Stabilisierung von Basisaktivitäten als auf den bloßen Austausch von Personen in den Konzernspitzen und im Staatsapparat konzentrieren
- die Konzeption eines zweiphasigen Übergangs zum Sozialismus (antimonopolistische Demokratie als Zwischenphase). Eine solche Vorstellung drückt sich um die Konkretisierung von Übergangsforderungen und Strukturreformen herum (was als 'Reformismus' abgelehnt wird) und täuscht nur eine Zwischenphase vor (damit die DKP nicht vom Verfassungsgericht mit der Begründung verboten wird, sie halte an der Diktatur des Proletariats fest?) -denn die inhaltliche Bestimmung dieser 'Zwischenphase' (Sozialisierung der Schlüsselindustrien, demokratische Planung) läßt eine wirkliche Unterscheidung vom Ziel 'Sozialismus' nicht zu
- das Ziel eines antimonopolistischen Bündnisses aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten zur Eroberung der Staatsmacht. Dazu wurde festgestellt, daß nicht nur die Vorstellung der Ausplünderung der Kleinkapitalisten und des ganzen Volkes problematisch ist, sondern sich darüber hinaus im entwickelten Kapitalismus der Bundesrepublik mit über 80% Lohnabhängigen nicht das Problem eines Bündnisses, sondern das der Vereinheitlichung der abhängig Beschäftigten stellt. Kompromisse mit Kleinkapitalisten hemmen die

Arbeiterbewegung und können nicht darüber hinwegtäuschen, daß deren Existenz im Sozialismus zumindest ebenso gefährdet ist wie im Kapitalismus - oder ist der Sozialismus das Paradies der Kleinkapitalisten mit bis zu 1.000 Beschäftigten?

Auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten 1971 konnten die Hamburger und Berliner Jungsozialisten einen Änderungsantrag (These 3) durchsetzen - allerdings nicht vollständig. Die geforderte Formulierung "ohne massive ökonomische Interventionen des Staates ist der kapitalistische Produktionsprozeß nicht mehr denkbar, so daß heute von einem voll entwickelten System des staatsinterventionistischen Monopolkapitalismus gesprochen werden kann"(18) wurde 'entschärft' und statt dessen beschlossen: "Ohne massive ökonomische Interventionen des Staates ist der kapitalistische Produktionsprozeß nicht mehr denkbar, so daß heute von einem gesellschaftlichen System gesprochen werden kann, in dem es den großen Konzernen gelingt, ihre Interessen in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Tragen zu bringen."(19)

Zur weiteren Relativierung dieser Aussage und im Kern als Absage an den Stamokap-Ansatz wurde direkt im Anschluß festgestellt: "Die politische Macht der Kapitalisten zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft schlägt sich nicht in allen Bereichen staatlicher Tätigkeit gleichermaßen und uneingeschränkt nieder. Staatliches Handeln ist nicht nur geprägt von gesellschaftlich vorherrschenden

den Kräften, sondern gleichzeitig von den Konflikten zwischen den grundsätzlich widersprüchlichen und den konkurrierenden gesellschaftlichen Kräften."(20)

Zusammenfassend kann man sagen, daß die 'Stamokaps'

- den Staat im Wesentlichen als Handlanger der Monopole sahen, der diesen zu entreißen -und gegen sie zur Verwaltung des Sozialismus einzusetzen ist.
- den Weg zum Sozialismus durch eine konsequente sozialistische SPD absichern und sowohl Kommunisten als auch Kleinkapitalisten am 'antimonopolistischen Kampf' beteiligen wollten.

Da diese Gruppierung die Macht im Staate nicht putschistisch erringen wollte, sondern auf Personenaustausch in unveränderten Apparaten setzt, ist sie im Grunde die 'rechtteste' Variante der Jungsozialisten gewesen, zu mal sie keine überzeugende Antwort auf die Probleme wußte, die mit dem 'Entreißen' der Staatsmacht aus den Händen der Monopole verbunden sind - ganz zu schweigen von einer Vorstellung davon, wie die machtmäßige Grundlage (Basismobilisierung) eines solchen 'Systembruchs' aussehen soll.

BREMER BEITRÄGE Nr.1

Juso-Strategiediskussion: Ende der Spaltung?

von Edgar Einemann

Herausgeber:
UB-Vorstand der
Juso Bremen-Ost



Jungsozialisten in der SPD